

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
VIII / 2001

## Friedenspolitik und Friedensforschung

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2000
- MUSICA PRO PACE 2000
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG  
Anlässlich der Gründung der  
Deutschen Stiftung Friedensforschung  
in Osnabrück

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



## Editorial

Können Politiker eigentlich Fehler machen? Die Frage scheint müßig – sie würden sie sowieso abstreiten.

Im Ernst: Einander widersprechende Auffassungen über die Tagespolitik werden uns, bei fortgesetzter Uneinigkeit, in aller Regel als Ergebnis unterschiedlicher Ausgangspositionen, Interessenlagen, Wertvorstellungen oder Entscheidungsverfahren erklärt. Gültige Urteile zur Politik zu erhalten, die dauerhaft Bestand haben, scheint unmöglich.

Eine Ausnahme macht möglicherweise die *Justiz*. Ihr werden gültige Urteile abverlangt, die sie auf ihre Weise, nämlich entsprechend der Gesetze und der vorgängigen Rechtsprechung, fällt – auch über die Prozeduren und Ergebnisse der Politik: Entspricht die neue Kindergeldregelung der Verfassung? Lässt das Kartellrecht die jüngst angekündigte Unternehmensfusion zu? Sind Uranmunition oder Radargeräte bei der Bundeswehr so gesundheitsschädlich, dass Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können? Oder eben nicht? Die Justiz kann die ihr durch Klageerhebung aufgegebenen Fragen mit Hilfe objektiver, wenn auch in der Sache begrenzter Maßstäbe klären. Sie kann bei begründeten (Selbst-)Zweifeln in der Revision sogar ihr eigenes Verfahren kontrollieren.

Dass auch solche soliden Grundsätze ins Wanken geraten können, bewies indessen zuletzt der Kosovokrieg. Kritiker des NATO-Einsatzes haben darauf hingewiesen: das international geltende Völkerrecht wurde ›gebeugt‹, wenn nicht gebrochen, und seither wissen wir vom Bedarf an dessen »Weiterentwicklung«. Das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung staatlicher Souveränität bewahrte Jugoslawien nicht vor der »humanitären Intervention« der NATO. Und auch das deutsche Grundgesetz, dass der Bundeswehr jeden Angriff verbietet und sie streng auf den Zweck der Landesverteidigung (im Bündnis) verpflichtet, konnte Deutschland nicht daran hindern, die eingedenk des Völkermords während der NS-Diktatur (»Auschwitz«) erinnerte »politische Verantwortung« wahrzunehmen, und am Nato-Kampfeinsatz teilzunehmen. – Diesbezüglich werden ›Fehler‹ von der Politik weiterhin nachdrücklich bestritten.

Urteile über politische Entscheidungen, soweit nicht vom *Gesetz* erfass- und ableitbar, sind keine justiziable Materie. Auf diesem Feld herrscht idealiter der Wettbewerb der Informationen, Argumente und Meinungen und diese sind potenziell so stark wie das Vermögen zu ihrer Verbreitung und ihre Überzeugungskraft. Zur Erlangung der erforderlichen Informationen kann sich die Politik ihrer Apparate bedienen: Behörden, die Einschätzungen, Konzepte, Berichte, Memoranden liefern. Außerdem werden geheime Dienste in Anspruch genommen, Berater mit viel Erfahrungswissen und vor allem auch die Journalisten und ihre Medien.

Wie aber kommen die institutionelle Wissenschaft und Forschung, die sich ebenfalls politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern widmen, zu Wahrnehmung und Wirkung? Zwar ist das Personal der genannten Funktionsbereiche meist an Hochschulen ausgebildet und seine (Kommunikations-) Mittel sind häufig *high tech*. Ansonsten aber scheinen die Wurfleinen zwischen Politik und Wissenschaft nur spärlich vorhanden und meist eher durchhängend.

Im Titel dieser Ausgabe des *Osnabrücker Jahrbuchs Frieden und Wissenschaft* wird das Dilemma ein weiteres Mal offenkundig: Die Formel »Friedenspolitik und Friedensforschung« verrät die Trennung beider Sphären mindestens so deutlich, wie sie ihre Zusammengehörigkeit einfordert. Die *Friedensforschung* hat ihren zentralen Gegenstand in der weiterhin maßgeblich über Krieg und Frieden entscheidenden Politik der Staaten. Und sie wird in der Politik, die als Ziel die Schaffung und Sicherung des Friedens angibt, weiterhin ihren Adressaten sehen.

Umgekehrt hatte die Politik seit Anfang der 80er Jahre der Friedensforschung die kalte Schulter gezeigt, und die Regierung Kohl beendete deren finanzielle Förderung. Die fortgesetzte Kritik an der NATO-Nachrüstung mit *Cruise Missile*- und *Pershing*-Mittelstreckenraketen von Seiten der Friedensforschung und der Friedensbewegung war ebenso wenig willkommen wie die alternativen Konzepte zur »zivilen Verteidigung« und »strukturellen Nichtangriffsfähigkeit«. Die Forderungen zur »Konversion der Rüstungsbetriebe« wurden dementsprechend nicht ernsthaft geprüft. Und die mahnenden Erinnerungen an die voraufgegangene »Entspannungspolitik« zwischen Ost und West mußten sich nach dem »Ende des Kommunismus« schließlich ohnehin historisch ins Unrecht gesetzt sehen.

Das Jahr 1998 brachte den Wechsel in der Bundesregierung und, damit verbunden, ein Versprechen. Die Koalitionsparteien verabredeten bei ihren Verhandlungen zur Regierungsbildung die erneute Förderung der Friedens- und Konfliktforschung als Bundesangelegenheit. Die Gründung einer neuen deutschen Bundesstiftung, der mit einem Stiftungskapital von zunächst 50 Mio. DM auszustattenden *Deutschen Stiftung Friedensforschung*, sollte das wieder gestiegene Interesse und die gewachsenen Ansprüche gegenüber der Friedensforschung in Deutschland dokumentieren und ihre künftige internationale Reputation gewährleisten. Zur näheren Begründung heißt es im Koalitionsvertrag:

»Die neue Bundesregierung setzt sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ein. Hierzu gehört neben der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen die Verbesserung der juristischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausbildung und den

Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (z. B. ziviler Friedensdienst). Die neue Bundesregierung wird für die Aufgaben im Bereich von *peace-keeping* und *peacebuilding* Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.«

Eine Neuorientierung für die Friedensforschung gegenüber Zeiten und Themen der Ost-West-Auseinandersetzung liegt zweifellos im Paradigma der *friedlichen bzw. zivilen Konfliktbearbeitung*. Der zugrundeliegende Begriff von Krise und Konflikt ist von seinem militärischen Sensor geprägt, der bei *Ausbruch von Gewalt* Alarm schlägt. Politisch ansonsten eher unspezifisch und damit geografisch ort- und grenzenlos, ist angesichts der Vielzahl gewaltträchtiger Konflikte auf der Welt eine selektive Wahrnehmung und willkürlicher Ab- und Zuwendung absehbar.

Bedenklich an diesem Paradigma ist aber besonders die Verlockung, Krisen und Konflikte als die Sache der anderen zu betrachten, an der Deutschland und Europa nurmehr friedlich regelnd Anteil nehmen – unter Wahrung einer schiedsrichterhaften Äquidistanz zu den ›Konfliktparteien‹.

Dagegen ist die fast beiläufige Bemerkung der Bundesministerin *Edelgard Bulmahn* in ihrem Beitrag zu diesem Band festzuhalten: »Wir sind derzeit [...] Zeuge, teilweise sogar *Mitverursacher* zahlreicher Entwicklungen, aus denen Konflikte erwachsen können und werden – nur wissen wir oft noch nicht: welche, wann und wo.«

Sollten hier vorrangige Aufgaben künftiger Friedensforschung gesehen werden können? Wenn die Politik doch nur wirklich so ahnungslos und wissensdurstig wäre! Dann müsste die Friedensforschung vor allem Selbstaufklärung über Voraussetzungen, Abläufe und Folgewirkungen deutscher Außen(wirtschafts)politik betreiben. Doch wie gesagt: Eigene Fehler von gestern interessieren die Politiker heute nicht. Zu bilanzieren, was NATO- und EU-Mächte mit ihrer Politik und ihrem Kriegsgerät im früheren Jugoslawien angerichtet haben, ist nicht gefragt und wird, falls doch vorgebracht, als Rechthaberei und Besserwisseri abgetan. »Alle, aber auch wirklich alle Möglichkeiten für eine friedliche Einigung waren ausgeschöpft, bevor der gemeinsame Kampfeinsatz befohlen wurde« – dieser häufig zu vernehmende Satz dekretiert, dass Widerworte ungehörig waren (und bleiben), denn die Politik will sich nicht vor Unberufenen rechtfertigen müssen.

Nun wird der Deutschen Stiftung Friedensforschung insbesondere das Feld der Prognostik zugewiesen: Ein »besseres Frühwarnsystem« für Konflikteskalation sollen Friedensforscher erarbeiten, das der in »gefährliche Konflikte« eingreifenden Politik eine »effizientere Prävention« ermöglicht, kurz: durch ›Anregung und Koordination‹ der Friedensforschung soll die Stiftung zu einem »Kompetenzzentrum« für den Frieden werden (Bulmahn).

Der Politikwissenschaftler *Ulrich Albrecht*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), kritisiert in seinem Beitrag derartige Vorgaben, mit denen die finanzielle Förderung an eine entsprechende Themenwahl geknüpft und dem internationalen Diskussionsstand in der Friedensforschung nicht Rechnung getragen würde. So warnt Albrecht vor der »eilfertigen Verbindung von Reputationskriterien von Forschung mit den ministeriellen Organisationsfragen und Nutzungsinteressen«.

Die weiteren *Beiträge zur Friedensforschung* in diesem Band verstehen sich als notwendige Ergänzungen, Korrekturen und Fingerzeige zur inhaltlichen und methodischen Ausrichtung künftiger Friedensforschung und -bildung.

*Martina Fischer* vom Berliner Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung macht auf unverzichtbare *Gender*-Aspekte in der Friedensforschung aufmerksam: Immer mehr sind nichtstaatliche Akteure an gewaltförmigen, insbesondere ethnopolitischen Konflikten beteiligt und regelrechte »Gewaltkulturen« bilden sich aus. Über Waffenstillstände wird meist nur mit den militärischen Führern verhandelt; um aber wirksam »Friedensallianzen« innerhalb solcher Gesellschaften zu schließen, müssen Vertreter der Zivilgesellschaft – und insbesondere die Frauen – mit am Tisch sitzen.

*Susanne Jaeger* und *Wilhelm Kempf* von der Konstanzer »Projektgruppe Friedensforschung« richten das Augenmerk ebenfalls auf ein ziviles Handlungsfeld: die Medienöffentlichkeit und ihre in vermeintlichen Produktionszwängen begründete destruktive Rolle bei der Bewertung von Konflikten. Die Medien prägen mit ihrer Berichterstattung die »kognitive Repräsentation« eines Konflikts bei Beteiligten und Beobachtern, was oft zu notorischen »gesellschaftlichen Grundüberzeugungen« sedimentiert. Dies hat »Auswirkungen auf Verhandlungsoptionen, Verhandlungsstil und Verhandlungsergebnis«. So werden die Medien »regelmäßig eher zu *Katalysatoren* von Gewalt [...] als zu *Vermittlern* in Konflikten«, wie die Autoren feststellen.

*Wolfgang Liebert*, Sprecher der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) der TU Darmstadt und Vorsitzender des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), sieht für die Friedensforschung die »Gefahr, neben einer Analyse allgemeinerer und gesellschaftswissenschaftlich definierter Zusammenhänge den notwendigen Bezug zur naturwissenschaftlich-technischen Basis der Sachthemen unterzubelichten«. Neben neuartigen internationalen Konfliktkonstellationen, »bei denen die *Ressourcen- und Umweltproblematik* eine Hauptrolle spielen werden«, sieht er das »*Potential technikbedingter Konflikte*« wachsen:

»Die Durchschlagskraft und die Zielgenauigkeit von Waffensystemen wird gesteigert [...] Dazu gehört auch die Fortentwicklung der Mikroelektronik sowie spezieller Informations- und Kommunikationstechnologien. Dabei

spielt nicht nur die Entwicklung hochkomplexer Software oder von Computer-Hardware eine Rolle, sondern ebenso die Entwicklung und Produktion entsprechender Satelliten, Sensoren, Radareinrichtungen, neuartiger Werkstoffe usw.«

Friedens- und Konfliktforschung konzipiert Liebert heute »als Teil einer transdisziplinär angelegten Nachhaltigkeitsforschung«.

Einen Blick ins Innere und die jüngere Entwicklung der Friedensforschung in Skandinavien wirft für diesen Band der Kopenhagener Friedensforscher *Bjørn Møller*, Vorstandsmitglied am *Copenhagen Peace Research Institute* (COPRI) und bis vor kurzem Generalsekretär der *International Peace Research Association* (IPRA). Er war um eine Darstellung des Profils der nord-europäischen Friedensforschung gebeten worden. Dort sind bereits seit den 50er Jahren Institute z.T. mit entschiedener staatlicher Unterstützung errichtet worden, die heute weltweites Renommee genießen. Heute ermöglichen die dort ausgebildeten Friedensforscher und -fachkräfte eine prominente Beteiligung der skandinavischen Staaten an Missionen der OSZE oder der UNO.

Dies darf man verallgemeinern: Zum Aspekt der Nachhaltigkeit der Friedensforschung ist die Qualifizierung von Personal für wahrzunehmende Aufgaben im Bereich der Friedenssicherung und -überwachung sowie der zivilen Konfliktbearbeitung hinzuzurechnen.

Wichtige Anregungen dazu bietet der Beitrag von *Johan Galtung*, dem norwegischen Pionier der Friedensforschung und Friedensbildung. Die von ihm gegründete internationale »Organisation für Konfliktmediation«, *Transcend*, ist ein in mehr als 40 Mediationsvorhaben tätig gewordenes Netzwerk jenseits nationalstaatlicher Zwecksetzungen und Nutzenkalküle. Im Jahr 2001 startete die *Transcend Peace University* ihr Programm ambitionierter Kurse zur Ausbildung von Friedensfachkräften.

Die Förderung des Nachwuchses hat auch die Deutsche Stiftung Friedensforschung zur Priorität erklärt. Stiftungsvorstand *Dieter S. Lutz* umreißt in seinem Beitrag die Pläne für ein umfangreiches Nachwuchsförderprogramm, das eine Studienförderung auf verschiedenen Ebenen vorsieht: Mit der Förderung künftiger *Master*-Studiengänge »Friedens- und Konfliktforschung« bzw. »Friedensforschung und Sicherheitspolitik« wird die erstmalige Einrichtung von einschlägigen, grundständigen akademischen Ausbildungsgängen angestoßen. Darüber hinaus sind eine Studierendenförderung im Rahmen eines Stipendienprogramms sowie eine *post-doc*-Förderung geplant.

*Dieter Kinkelbur* wendet sich der Qualifizierungs- und Bildungsfrage im Bereich der Friedensforschung noch einmal von einer hochschuldidaktischen Binnensicht zu. Der Pädagoge und Mitbegründer der Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft Nordrhein-Westfalen sieht in der Friedensbildung

zu Recht »ein vernachlässigtes Reflexions- und Tätigkeitsgebiet und ein längst überfälliges Aufgabengebiet der Hochschule«.

Die *Osnabrücker Friedensgespräche* des vergangenen Jahres schließlich, deren Dokumentation den Anfang des Bandes macht, möchten einmal mehr einlösen, was Bundesministerin Bulmahn auch der Friedensstiftung unter dem Stichwort »Frieden als Kultur« aufgibt, nämlich »den Dialog mit Medien, Bürgern und Wissenschaftlern« zu suchen und »für eine angemessene und differenzierte Form der Beschreibung von Konflikten werben.«

Das Konzert *musica pro pace* zum Osnabrücker Friedenstag gab der Stuttgarter Pianist und Musikwissenschaftler *Konrad Richter*. Mit *Viktor Ullmanns* »Klaviersonate Nr. 7.«, 1944 in KZ Theresienstadt komponiert, stand die »Wiederentdeckung eines Verschollenen« auf dem Programm.

*Egon Bahr* und *Theo Sommer*, zwei langjährige Weggefährten, trafen sich zu Vortrag und Podiumsgespräch über die Perspektiven des euro-atlantischen Verhältnisses, dessen weitere Entwicklung sicherlich zu den für uns spannendsten Zukunftsfragen gehört. Die *lecture* des früheren UN-Diplomaten *Yasushi Akashi* zeigte ergänzend das japanische Bestreben, in Ostasien eine stärkere weltpolitische Rolle als Friedensmacht zu spielen.

Auch die andauernde, teils kriegerische Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Staat und Teilen seiner kurdischen Bevölkerung hat eine zunehmende internationale Bedeutung unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses der EU-Staaten zur Türkei. Der kurdische Autor *Mehmed Uzun* und *Günter Wallraff* waren Gäste eines Podiumsgesprächs zu diesem brisanten Thema. Inwieweit auch der unspektakuläre, weil alltägliche Friede zwischen Deutschen und Niederländern durch beidseitige kollektive »Bildformung« beeinflusst wird, untersuchte der Zeithistoriker *Friso Wielenga* in seinem Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

Die Podiumsveranstaltung mit *Dagmar Schipanski*, *Britta Steilmann*, *Doris Gercke* und *Mechtild Jansen* bewies, dass das Thema »Frauen und Macht« viele Dimensionen hat. Willkommene politische und wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit wurde damit verbunden, aber auch ein typisch männliches Herrschaftsverhältnis und -verständnis, zu dem *frau* möglichst auf Distanz geht – was die Frage nach den für beide Geschlechter »richtigen« Verkehrsformen in der Gesellschaft aufwirft.

Die ethische und dabei zugleich auch theologische Substanz des Friedens der Welt war Thema der Veranstaltung mit *Hans Küng*, dem Gründer und Präsidenten der Stiftung Weltethos, zu der rund 1.000 Interessierte in die Osnabrücker Marienkirche kamen. Küng begründete eindrücklich, warum es ein Minimum an gemeinsamen Werten, Grundhaltungen und Maßstäben, ein elementares, kulturübergreifendes Menschheitsethos, ein Weltethos braucht, wenn es gilt, den Frieden zu gewinnen und dabei Fehler zu vermeiden.

Henning Buck